Kreistag Sigmaringen
12. Dezember 2016, Meßkirch
Rede zum Haushaltsplan 2017
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Johannes F. Kretschmann
- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr verehrte Frau Landrätin,
Werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
Geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Bürgerinnen und -bürger aus den badischen, hohenzollerischen und württembergischen Sprengeln unseres Landkreises!

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 ist nicht der erste, der bei den Vorberatungen von seinen Urhebern mit dem Siegel „unspektakulär" versehen wurde. Das muß kein schlechtes Zeichen sein, grelle Heilsversprechen werden zur Genüge andernorts getätigt. Gleichwohl entdecken wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einige interessante Posten. Manche davon, nicht zwangsläufig die größten, nehmen wir aus der uns Grünen eigentümlichen Haltung der Zuversicht als weichenstellend wahr.

Die Finanzverwaltung wollen wir ganz unschwäbisch - aber wir tagen ja auch in Meßkirch - nicht nur nicht schelten, sondern loben. So soll es laut Plan gelingen, den Schuldenstand auf 9,6 Mio. € zu drücken bei gleichzeitiger Tilgung von knapp 3,4 Mio. €, beides Rekordwerte der letzten Jahrzehnte. Wir betrachten diese Maßnahme jedoch nicht als Profilierungsakt unseres kühnen Kreiskämmerers Schnell, sondern als Gebot der Nachhaltigkeit, um auch zukünftig im Kreis Politik gestalten und nicht nur Mangel verwalten zu können. Denn es finden sich im Haushalt auch negative Entwicklungen, die mit Jahr um Jahr steigenden Kosten zu Buche schlagen und die wir aus eigener Kraft im Kern nicht steuern können. Fast 53 Prozent der geplanten Aufwendungen sollen in den Sozialbereich fließen, der dortige Zuschußbedarf des Kreises auf

den Höchstwert von 59 Mio. € steigen, beängstigende 18 Mio. € mehr als 2007. Zu diesen Zahlen will ein Bericht in der „Süddeutschen Zeitung" vom 6. Dezember 2016 überhaupt nicht passen. Demnach weist der Kreis Sigmaringen laut einer Studie des arbeitgebernahen „Instituts der deutschen Wirtschaft" mit seinen Nachbarkreisen Ravensburg und dem Bodenseekreis gemessen an der Kaufkraft das niedrigste Armutsrisiko auf, wohlgemerkt in ganz Deutschland! Unsere Sozialaufwendungen fließen zwar zum Teil nicht unmittelbar in die Armutsbekämpfung, doch man fragt sich an dieser Stelle, warum nur die öffentliche Hand verstärkt zur Verantwortung gezogen wird. Mit Transferaufwendungen entlasten wir auch die Wirtschaft, die ihre Gewinne jedoch offensichtlich nicht im selben Maße vergesellschaftet, um auch Benachteiligten im Berufsleben oder jenseits davon ein Auskommen zu ermöglichen. Jeder Jahr wird bei den Haushaltsreden dieser Mißstand thematisiert, freilich mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen. Wir können hier konkret eines tun, nämlich den Gestaltungsspielraum abseits der Sozialausgaben vor einem noch größeren Schwund bewahren. Deshalb stimmen wir für eine Beibehaltung des Kreisumlagesatzes, wie ihn die Verwaltung bei der Einbringung vorgeschlagen hat, ungeachtet dessen, daß eine übermächtige Lobby offensichtlich erfolgreich für eine Senkung getrommelt hat. In diesen Zusammenhang gehört auch unsere nächste Forderung.

Es steht zu befürchten, daß die gegenwärtigen globalen politischen Verwerfungen in der Verkörperung von Rechtspopulisten bei nächster Gelegenheit auch zum Sturm auf unser Gremium blasen werden. Wir müssen vorzeitig die richtigen Signale aussenden und dem Eindruck entgegenwirken, daß der Kreistag bestimmten Berufsgruppen ein Engagement schmackhafter macht als anderen. Daß Bürgermeister bei uns völlig überproportional vertreten sind, ist formal nicht zu beanstanden, solange es dafür keine gesetzliche Beschränkung gibt, obwohl der Interessenkonflikt deutlich und regelmäßig zutage tritt, nicht nur wie jetzt wieder in Form der mantraartig wiederkehrenden Kreisumlagendiskussion. Doch daß

Gemeindeoberhäupter ihre Arbeitszeiten viel besser mit unseren merkwürdigen Sitzungszeiten vereinbaren können als fast alle anderen Berufstätigen, ist ein Privileg, das nur die Verdrossenheit gegen das Establishment befördert. Laut Landkreisordnung setzt sich der Kreistag zusammen aus dem Landrat und den ehrenamtlichen Mitgliedern. Der Feierabend ist die Zeit für Ehrenämter, das wissen nicht nur selbstständig tätige Bürger, sondern auch Angestellte in kleinen Betrieben oder Kindergärtnerinnen, deren Fehlen nachmittags um zwei oder morgens um halb neun mitunter nicht auf große Begeisterung stößt, Mandatsschutz hin oder her. Wir werden deshalb im kommenden Jahr in allen Fraktionen dafür werben, die Sitzungszeiten in den Feierabend zu legen, wie es auch unsere Nachbarkreise Zollernalb und Tuttlingen praktizieren. Wir wollen das nicht als Kampfansage gegen unsere ehrenwerten und durch die Bank volksnahen Schultheißen verstanden wissen, sondern als Selbstverständlichkeit gegenüber den Bürgern, die sich politisch einbringen möchten.

Alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist das Tempo, mit dem die Verwaltung den Regiobus nach dem Beschluß zur Realisierung auf die Piste geschickt hat. Dem Fachbereich Kommunales und Nahverkehr, allen voran seinem obersten wieselflinken Windhund Max Stöhr, ist ein dickes Lob zu zollen, daß so zeitnah und anständig beworben die Direktverbindung zwischen der Hohenzollernresidenz und dem Schwabenmeer stand. In einer Taktung, wie sie sich sonst nur in Ballungsräumen findet, wo der öffentliche Nahverkehr grundsätzlich ein leider viel höheres Prestige genießt als bei uns, was wir ändern müssen, ändern wollen und ändern können! Diesem nun hoffnungsvoll stimmenden ersten Quantensprung ging voraus, daß Verkehrsminister Hermann unter der Prämisse „Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Pionierland nachhaltiger Mobilität machen“ in die Spendierhosen gestiegen ist und durch satte und über mehrere Jahre gesicherte Zuschüsse den Stein ins Rollen brachte. Auch ein politischer Riese aus diesem Gremium, der wohl seit seiner Schulzeit kein öffentliches Verkehrsmittel mehr

bestiegen hat, profitiert als Anrainer von der nun praktisch autofreien Regiobuslinie Sigmaringen-Überlingen. Nach eigenen Aussagen kann er jetzt endlich seinen Dienstwagen mal richtig ausfahren.

217'000 Busnutzer von März bis Oktober allein auf dieser Strecke senden uns die Botschaft, daß der ÖPNV, auch in unserer ländlichen, dünn besiedelten Raumschaft kein Schattendasein fristen muß, wenn wir mit deutlich besseren Angeboten in die Offensive gehen, was natürlich auch entsprechende Finanzspritzen erfordert. Man sollte hier jedoch nicht dem populären Denkfehler aufsitzen und Maßnahmen für den öffentlichen Personenverkehr als haushalterisch defizitär bemängeln. Es gibt nämlich kein im Sinne des Verursacherprinzips kostendeckendes motorisiertes Verkehrsmittel, jeder gefahrene Autokilometer wird vom Steuerzahler subventioniert. In unserem Kreishaushalt werden solche Lasten natürlich nur zu einem Bruchteil abgebildet. 2017 sind für sechs Erhaltungsmaßnahmen von Kreisstraßen 1,6 Mio. € eingeplant, also Instandsetzungen, die nur einen winzigen Ausschnitt von dem betreffen, was PKW-Fahrer in unserem Kreis an Infrastruktur beanspruchen und als selbstverständlich voraussetzen. Dagegen nehmen sich die Aufwendungen von 46'700 € jährlich für die neue geschaffene Stelle eines Verkehrsplaners wie ein Nasenwasser aus, obschon wir diese Maßnahme als hochnotwendig erachten und entsprechend begrüßen. Denn besonders im komplexen Mobilitätsbereich Schienenverkehr wird unser Kreis unweigerlich weiter ins Hintertreffen geraten, sollte sich am Status Quo nichts Grundlegendes ändern. So wird aufgrund von Stuttgart 21 die Direktverbindung aus unserem Kreis in die Landeshauptstadt irgendwann gestrichen werden. Diese Verschlechterung kann abgewendet oder kompensiert werden durch eine Elektrifizierung der Zollernalbbahn, alternative Antriebssysteme und/oder eine Ertüchtigung der Donautalbahn. Auch ein Beitritt zur geplanten Regio-S-Bahn Donau-Iller und die Reaktivierung der Ablachtalbahn für den wohlgemerkt überregionalen Personenverkehr als

Lückenschluß der Achse München-Ulm-Basel bergen ein nicht zu unterschätzendes Potential. Wenn sich die politischen Entscheidungsträger für Bahnprojekte im Kreis zukünftig so stark machen wie für den Bau 100-Millionen-teurer Asphalttrassen und dafür auch noch mit enormen Summen in Vorleistung gehen wollen, dann wird zwischen Beuron und Bierstetten bald eine Dreiländermetro im 5-Minuten-Takt verkehren.

Wie fördert eigentlich der Landkreis Sigmaringen die Nutzung des für Mensch und Natur vorzüglichsten Fortbewegungsmittels? Tatsächlich findet sich im Teilergebnishaushalt Produktbereich Drahtesel ein Posten, den man zumindest im wortwörtlichen Sinne als wegweisend verstehen darf. Für eine neue Radwegbeschilderung, die vom Land bezuschußt wird, wendet der Kreis in den kommenden drei Jahren selbst knapp 200'000 € auf. So kann also der Fahrradfahrer in Zukunft seinen Blick vom Smartphone-Navigator nehmen und über eine der schönsten Gaben unserer Heimat schweifen lassen, die Landschaft. Für ihren Erhalt vergießen wir grünen Kreisräte unser Herzblut. Deswegen fällt der Dank an unsere Landrätin Frau Bürkle geradezu inbrünstig aus. Sie hat beim Land, das sich seinerseits sehr konziliant zeigte, die Finanzierung einer zusätzlichen Natura-2000-Stelle für die untere Naturschutzbehörde erwirkt. Damit müssen wir zwar immer noch auf einen wichtigen Mechanismus des von diesem Gremium mehrheitlich abgelehnten Landschaftserhaltungsverbandes verzichten, nämlich Vertreter der Kommunen, der Landwirtschaft und des Landkreises gleichberechtigt an einen Tisch zu bringen. Vorerst. Kommt Zeit, kommt Rat.

Wer mit dem Rad kommt, kommt am Lauf der jungen Donau mit seinem berückenden Liebreiz nicht vorbei. Auch der Mittelberg in Thiergarten gehört zum Naturpark Obere Donau und weiteren ausgewiesenen Schutzgebieten, eines davon nach FFH-Richtlinien der Europäischen Union zertifiziert als Natura-2000-Gebiet, der Begriff fiel eben schon. Mittels eines Zielabweichungsverfahrens

soll dort nun über einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren der Abbau von hochreinen Kalken mit Abtransport durch LKW ermöglicht werden, wogegen sich über die unmittelbar betroffene Gemeinde hinaus Widerstand formiert hat. Da letztendlich das Landratsamt die Betriebsgenehmigung erteilt oder nicht erteilt, fordern wir die Verwaltung auf, zeitnah eine öffentliche Informationsveranstaltung über dieses Vorhaben auszurichten. Die Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, in den komplexen Inhalt und Ablauf des Genehmigungsverfahrens eingeweiht zu werden, und zwar von denen, die darüber entscheiden, und zwar bevor das Kind endgültig in den Brunnen gefallen ist. Nicht, daß es wieder heißt: „Egal, was Ihr sagt, Ihr seid zu spät!"

Der in naher Zukunft also hervorragend beschilderte Weg stromabwärts führt den Radfahrer nach dem Donaudurchbruch in dichtere Siedlungsbereiche. Als natürlicher Verbündeter wilder Blumen und Bienen ist er bei einem Abstecher ins Landratsamt ein wenig enttäuscht angesichts der ziemlich monotonen Rasenflächen auf den umgebenden Grundstücken. Er wird dort auf die „Landeshauptstadt der Biodiversität" verwiesen. Bad Saulgau, das inzwischen 100 Prozent der öffentlichen Grünanlagen nach ökologischen Standards gestaltet, dafür eine hochkarätige Auszeichnung nach der anderen einheimst und obendrein auch noch den Finanzhaushalt entlastet. Wir fordern, daß sich der Kreistag mit dem Thema „Artenreichtum im Siedlungsgrün" befaßt, zum Wohle des Menschen, der Insekten und des Kämmerers.

Zum Ensemble des Landratsamtes gehört auch das ca. 1880 erbaute und bis 2012 als Pflegeheim genutzte St. Annahaus. Im Leerstand verschlechtert sich die Bausubstanz zusehends. Der Kreistag hat auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, dem Verfall des denkmalgeschützten Gebäudes nachhaltig entgegenzutreten. Für 2017 sind 150'000 € eingestellt, um ein Konzept zur Sanierung und Nutzung als Verwaltungsgebäude für etwa 60 Arbeitsplätze zu erarbeiten. Warum erscheint uns dieses Vorhaben zum Erhalt eines

alten Hauses wichtig? „Regionales Bauen“ war der Kulturschwerpunkt des Landkreises im Jahr 2016. Das Kreiskulturforum hat das Motto ausgegeben und mit Veranstaltungen flankiert, in einer Schlagzahl und auf einem Niveau, wie wir es nur vom Spiritus Rector, Kreisarchivdirektor Dr. Edwin Ernst Weber erwarten dürfen. Man kann sich nun darauf beschränken, Dr. Weber mit wohlfeilem Lob zu überschütten, aber man kann sich seine behutsamen Hinweise auch einmal zu Herzen nehmen und ja, man kann dringenden Handlungsbedarf daraus ableiten. Denn die Stoßrichtung dieses Kulturschwerpunkts war ausdrücklich auch kritisch! Wir fragen uns: Welche Wertschätzung genießen bei uns historische Bauwerke, auch solche ohne Denkmalschutz, und was wird an ihre Stelle gesetzt, wenn man meint, sich ihrer entledigen zu müssen, meist ohne mit der Wimper zu zucken? Wir fordern, daß der Landkreis den unsäglichen Abrißprämien, die in vielen Gemeinden noch mit Stolz ausgelobt werden, etwas entgegensetzt. Was, werden wir im neuen Jahr mit der Verwaltung und interfraktionell beraten. In diesem Zusammenhang werden wir auch wachsam sein, was die in jedem Falle kostenträchtige Modernisierung oder der Neubau der Bertha-Benz-Schule zu bieten hat. Historische öffentliche Bauwerke gibt es ja nur deswegen, weil früher der Gebäudekonzeption eben keine Halbwertszeit von vielleicht einer Generation zugrunde lag und weil es den Institutionen offensichtlich auch wichtig war, welches Gesicht man der Welt von sich zeigt.

Es gibt allerdings eine Art von Haus, das von außen betrachtet möglichst unauffällig zu sein hat und an dem der von Wut getriebene Mann auf der Suche nach seiner entflohenen Frau ahnungslos vorbeiradeln soll, sofern ihn nicht seine niederen Instinkte schon hinreichend blind gemacht haben. Als der letzte Landkreis von ganz Baden-Württemberg richtet nun auch Sigmaringen ein Frauen- und Kinderschutzhaus ein, wie es die grüne Fraktionsvorsitzende Susanne Scham bereits vor drei Jahren in der Haushaltsrede angeregt hat. Wir danken allen Beteiligten, daß wir nun in einhelliger Zustimmung endlich dieses negative

Alleinstellungsmerkmal ablegen und selbst im Kreis Verantwortung übernehmen für den Schutz von Frauen in Not.

In der Oberschwäbischen Hochebene angelangt wendet der Radfahrer vom Riedlinger Becken aus seinen Blick nach Westen und sieht jenseits der Donau im schwindenden Licht der untergehenden Wintersonne den sanften Bergsporn der Heuneburg verblassen. Daß aus diesem unter den Schichten der Jahrhunderte verschütteten Kleinod wieder ein strahlendes Juwel werden kann, haben wir nicht zuletzt der antizipativen Entscheidungsfreude unserer Verwaltung zu verdanken. Wenn wir die mitunter spektakulären archäologischen Funde in der Raumschaft halten und nicht dem Dschungel der Stuttgarter Landesmuseen überantworten wollen, müssen wir selbst die Voraussetzungen für eine Zuweisung zum authentischen Ort, also auf dem Areal der Keltenstadt Heuneburg schaffen. Das wurde erkannt und der Kreistag frühzeitig in das konzeptuelle Verfahren eingebunden. In den nächsten Schritten wird es auch darum gehen, ob wir einen vorsichtigen oder mutigen Ansatz wählen, mit den entsprechenden finanziellen Risiken und Chancen. Ein keltisches Sprichwort gibt uns hier den Fingerzeig und bewegt womöglich auch die Kollegen, die den Kreis mit dem sauer verdienten Geld aus ihren Gemeinden eher kurz halten wollen, zur Umkehr: „Die Hand, die gibt, ist die Hand, die bekommt."

Ich beschere Sie nun mit dem Segenswunsch nach schönen Fest- und Feiertagen und mit meinem Ehrenwort als Heide, daß die Tage bald wieder länger werden.

Möge das Jahr 2017 für Sie, für Euch alle unter einem guten Stern stehen. Vielen Dank!